



Strategische Budgetinitiativen in Österreich: Erfolgsfaktoren und Herausforderungen von Gender und Green Budgeting

Birgit Moser-Plautz¹, Tanja Lesnik¹

¹ Universität Klagenfurt, Institut für Accounting, Financial Management, and Governance, Fachbereich Öffentliche Betriebswirtschaftslehre

Kurzfassung

Strategische Budgetinitiativen wie Gender Budgeting und Green Budgeting gewinnen angesichts wachsender fiskalischer, gesellschaftlicher und ökologischer Herausforderungen an Bedeutung. Der Beitrag analysiert deren Umsetzung in Österreich und identifiziert zentrale Erfolgsfaktoren sowie Herausforderungen bei der Integration von Gleichstellungs- und Umweltzielen in den Haushaltsprozess. Während Gender Budgeting verfassungsrechtlich verankert und auf Bundesebene in die wirkungsorientierte Haushaltsführung integriert ist, befindet sich Green Budgeting noch in einer frühen Entwicklungsphase. Die Ergebnisse zeigen, dass insbesondere Unterstützung seitens der Politik und innerhalb der Verwaltung, rechtliche Verbindlichkeit, institutionelle Verankerung und ausreichende Ressourcen entscheidend für eine erfolgreiche Umsetzung sind. Gleichzeitig erweist sich die Umsetzung über mehrere staatlichen Ebenen hinweg als zentrale Herausforderung. Der Beitrag verdeutlicht zudem, dass strategische Budgetinitiativen nicht automatisch zu veränderten Ressourcenallokationen führen und ein Nebeneinander mehrerer Ansätze die Gefahr birgt, politische Prioritäten zu verwässern.

Schlagwörter

Gender Budgeting, Green Budgeting, strategische Budgetinitiativen, Österreich

Ergänzende Information

Unterstützt durch Fördergelder des Jubiläumsfonds der Oesterreichischen Nationalbank (Projektnummer: 18622). Dieser Beitrag basiert auf den Ergebnissen des Projekts „Gender Budgeting – Ausgestaltung, Umsetzung und Effekte des Gender Budgeting im österreichischen Haushaltswesen“ und drei im Literaturverzeichnis angeführten Studien ([7], [13], [14]).

Weiterführende Informationen zum Projekt: <https://budgeting.aau.at/>

Einleitung

Angesichts wachsender fiskalischer, gesellschaftlicher und ökologischer Herausforderungen gewinnt die Integration von Querschnittsthemen in den Haushaltsprozess zunehmend an Bedeutung. Solche Ansätze werden als strategische Budgetinitiativen verstanden, deren Ziel es ist, öffentliche Mittel gezielt zur Umsetzung politischer Prioritäten einzusetzen.



Prominentestes Beispiel sowie Vorreiter für andere strategische Budgetinitiativen ist Gender Budgeting, das eine Geschlechterperspektive systematisch in alle Phasen des Budgetprozesses integriert und damit zur Förderung der Gleichstellung beitragen soll. Dabei handelt es sich ausdrücklich nicht um ein eigenes Budget für Frauen, sondern um eine geschlechtergerechte Planung, Analyse und Verwendung öffentlicher Mittel ([1], [2]). International ist Gender Budgeting seit Jahrzehnten weit verbreitet. 90 % der OECD-Staaten wenden entsprechende Ansätze zur Steuerung öffentlicher Budgets bereits an [3]. Seine Ursprünge liegen in Australien, wo das Konzept in den 1980er-Jahren erstmals aufgegriffen wurde, bevor es durch die Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking weiterentwickelt und international verbreitet wurde ([4],[5]). Auf europäischer Ebene fand Gender Mainstreaming, dessen Umsetzungsinstrument im Gender Budgeting gesehen wird, 1999 mit dem Amsterdamer Vertrag eine rechtliche Verankerung, ergänzt durch weitere Impulse im Rahmen der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen [6]. Parallel dazu rücken mit Green Budgeting ökologische Zielsetzungen stärker in den Fokus, insbesondere im Kontext der Nachhaltigkeitsziele und des Europäischen Grünen Deals.

Beide Ansätze sind Teil umfassender Reformbemühungen hin zu einer wirkungsorientierten und transparenten Haushaltsführung. Gleichzeitig gehen sie mit erhöhtem Koordinations- und Umsetzungsaufwand einher. Vor diesem Hintergrund analysiert der Beitrag die Umsetzung strategischer Budgetinitiativen in Österreich, identifiziert zentrale Erfolgsfaktoren und Herausforderungen und leitet daraus praxisorientierte Handlungsempfehlungen ab.

Strategische Budgetinitiativen in Österreich

Gender Budgeting

2009 trat die verfassungsrechtliche Staatszielbestimmung in Kraft, wonach die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern bei der Haushaltsführung von Bund, Ländern und Gemeinden anzustreben ist (Art. 13 Abs. 3 B-VG). Im Rahmen der umfassenden Bundshaushaltsrechtsreform (im Jahr 2009 und 2013) wurde die wirkungsorientierte Haushaltsführung inklusive Gender Budgeting mit dem Fiskaljahr 2013 auf Bundesebene umgesetzt, davor gab es schon Vorläufer, die Gender Aspekte in die Haushaltsführung integriert haben. Auf Landes- und Gemeindeebene gibt es bis auf die Verfassungsbestimmung keine einheitliche Gesetzesgrundlage und entsprechend unterschiedlich fällt die Umsetzung aus. Während alle Bundesländer unterschiedliche Ansätze des Gender Budgeting verfolgen und zum Beispiel die Stadt Wien auch international als Vorreiter und Best Practice Beispiel für Gender Budgeting gilt, zeigt sich unter Städten und Gemeinden ein anderes Bild. Gender Budgeting findet sich eher noch in den Landeshauptstädten, wobei auch hier nicht flächendeckend, und eine Umfrage auf Gemeindeebene zeichnet ein eher verhaltenes Bild der Umsetzung wie auch überhaupt der Einschätzung dessen Relevanz bzw. Notwendigkeit [7].

Green Budgeting

Neben Gender Budgeting wurde auf Bundesebene auch Green Budgeting eingeführt und erstmals für den Bundesvoranschlag 2022 angewandt, somit werden auch ökologische Aspekte durch Green Budgeting schrittweise in den Bundshaushalt integriert. Vor dem Hintergrund der Nachhaltigen Entwicklungsziele der UN und dem Europäischen Grünen Deal dient Green Budgeting der klimafreundlichen Steuerung des Haushalts [8]. Instrumente sind u. a. Umweltverträglichkeitsprüfungen oder die Überprüfung schädlicher Steuervergünstigungen und Förderungen ([9],[10]).



Der österreichische Aufbau- und Resilienzplan (im Rahmen der europäischen Aufbau- und Resilienzfähigkeit) sieht einen grünen Spending Review Zyklus vor, welcher im ersten Modul einen Green Budgeting Ansatz enthält [11]. Dieser wurde vom Bundesministerium für Finanzen (BMF) für Österreich aus Rahmenwerken der OECD und EU abgeleitet und legt eine Methodik fest, die klimarelevante Haushaltspositionen identifiziert, kategorisiert und einer Wirkungsanalyse unterzieht [11]. Ergebnisse werden berichtet, um fundierte Entscheidungen zu unterstützen ([11],[12]). Weitere Analysen („Deep Dives“) sollen Optimierungspotenziale aufzeigen und die Wirksamkeit im Hinblick auf Klimaziele stärken [13]. Anders als Gender Budgeting ist Green Budgeting nicht in die wirkungsorientierte Haushaltsführung integriert. Der Green Budgeting Ansatz stellt einen horizontalen Ansatz dar, welcher alle Ministerien, staatlichen Einrichtungen und öffentlichen Unternehmen auf Bundesebene umfasst, jedoch wird auch eine vertikale Umsetzung auf Landes- und Gemeindeebene angestrebt.

Erfolgsfaktoren und Herausforderungen für die Umsetzung von Gender Budgeting

Die nachfolgende Analyse basiert auf einem Ländervergleich zwischen Österreich und Deutschland – zwei Länder mit ähnlichen politisch-administrativen Systemen, jedoch unterschiedlichen Ansätzen beim Gender Budgeting [14]. Österreich gilt als eines der Vorreiterländer im Bereich Gender Budgeting, während Deutschland dem Konzept bislang zurückhaltender gegenübersteht. Der Vergleich zweier Länder verdeutlicht, welche Einflussfaktoren kontextabhängig sind und welche unabhängig davon für die Umsetzung entscheidend sind. Vor diesem Hintergrund sind folgende Faktoren für die Implementierung von Gender Budgeting relevant:

Gesetzliche Rahmenbedingungen: Während Österreich Gender Budgeting in der Verfassung verankert hat, wird Geschlechtergerechtigkeit in Deutschland lediglich in ministeriellen Vorschriften erwähnt; eine rechtliche Verpflichtung zur Anwendung von Gender Budgeting auf Bundesebene besteht nicht.

Druck seitens der Öffentlichkeit und von Stakeholdern: Auch dieser nahm unterschiedliche Formen an. In Österreich übte die Zivilgesellschaft frühzeitig Druck aus, etwa durch die *Watchgroup. Gender und Öffentliche Finanzen*, wodurch Gender Budgeting vorangetrieben wurde. In Deutschland forderten internationale Organisationen (z. B. UN, CEDAW) sowie Expertengremien Maßnahmen ein, jedoch mit begrenzter Resonanz.

Verknüpfung mit bestehender Wirkungsorientierung: Österreich koppelte Gender Budgeting an sein wirkungsorientiertes Haushaltswesen. Deutschland hingegen argumentierte, dass eine solche Verknüpfung tiefgreifende Änderungen im kameraleen Haushaltswesen erfordern würde, weshalb davon abgesehen wurde.

Unterstützung seitens der Regierung: Diese trug ebenfalls zu unterschiedlichen Ergebnissen bei. In Österreich wurde die Reform auch unter einer konservativen Regierung unterstützt und durch parteiübergreifende Zusammenarbeit getragen. In Deutschland wurden erste Initiativen unter einer sozialdemokratisch-grünen Regierung begonnen, jedoch unter einer konservativ-liberalen Koalition wieder eingestellt.

Institutionelle Verankerung in der Verwaltung: Österreich verfügte über eine aktive interministerielle Arbeitsgruppe zu Gender Mainstreaming. In Deutschland wurden vergleichbare Einheiten zwar früh eingerichtet, jedoch nach 2009 wieder aufgelöst.



Unterstützung im Parlament: Auch hier zeigen sich Unterschiede: In Österreich unterstützten alle Parteien die Haushalts- und Rechnungslegungsreform (deren Teil Gender Budgeting war), was zu einem einstimmigen Beschluss führte. In Deutschland forderten Oppositionsparteien wiederholt die Einführung von Gender Budgeting, ohne dass die Regierungskoalitionen darauf reagierten.

Nutzung geschlechterdifferenzierter Daten: Auch dieser Aspekt verdeutlicht die Unterschiede. Österreich verpflichtete zur Erhebung und Nutzung geschlechterdifferenzierter Daten, soweit möglich. Deutschland stellt solche Daten zwar teilweise bereit, nutzt sie jedoch nicht systematisch, was von Expert:innen und Medien kritisiert wird.

Dies zeigt, dass die Umsetzung von Gender Budgeting nicht allein auf kulturelle Besonderheiten oder spezifische nationale Kontexte zurückzuführen ist. Vielmehr hängt sie maßgeblich von der Bereitschaft politischer Entscheidungsträger:innen ab, entsprechende Maßnahmen einzuführen und langfristig aufrechtzuerhalten. Daraus wird abgeleitet, dass neben einem gendersensiblen politischen Umfeld und engagierten Akteur:innen innerhalb und außerhalb der Verwaltung insbesondere rechtliche Vorgaben, eine Wirkungsorientierung (begünstigt durch wirkungsorientierte Haushaltsführung) sowie die Verfügbarkeit geschlechterdifferenzierter Daten die Einführung und Umsetzung von Gender Budgeting fördern können [14].

Erfolgsfaktoren und Herausforderungen für die Umsetzung von Green Budgeting

Während das vorherige Kapitel Faktoren beleuchtet, die die Einführung und Umsetzung von Gender Budgeting unterstützen, stellt dieses Kapitel einen ähnlichen Ansatz zur Integration eines anderen Themenfelds in das Budgetsystem vor, nämlich Umweltziele. Der österreichische Ansatz des Green Budgeting unterscheidet sich jedoch vom Gender Budgeting Ansatz: Er basiert auf der Identifikation relevanter Budgetpositionen, vertiefenden Analysen („Deep Dives“) und Spending Reviews und wurde – im Gegensatz zum Gender Budgeting – nicht in das wirkungsorientierte Haushaltswesen integriert. Neben Impulsgebern und Barrieren der Umsetzung von Green Budgeting auf Bundesebene werden auch Herausforderungen sowie Möglichkeiten der Umsetzung über verschiedene staatliche Ebenen hinweg (vertikale Implementierung) diskutiert. Die Analyse basiert auf Dokumentenauswertungen, Hintergrundgesprächen mit Praktiker:innen auf Bundesebene sowie Interviews mit zwölf Expert:innen auf subnationaler Ebene [13].

Folgende Erfolgsfaktoren und Herausforderungen wurden identifiziert: Wie beim Gender Budgeting ist politische Unterstützung sowohl in der Regierung als auch im Parlament entscheidend. Für eine wirksame Umsetzung sind zudem klare Zuständigkeiten und die Koordination zwischen unterschiedlichen Stakeholdern sowie neue institutionelle Strukturen erforderlich, um Aktivitäten in der gesamten Bundesverwaltung zu steuern. Darüber hinaus sind ein funktionierendes System des öffentlichen Finanzmanagements und ein wirkungsorientiertes Haushaltswesen von Vorteil, die Herausforderung besteht darin die Schaffung von Parallelsystemen zu vermeiden und gleichzeitig bestehende Systeme nicht zu überlasten. Des Weiteren sind ausreichende Ressourcen inkl. Personal für das *Change Management*, sowie Schulungen wesentliche Voraussetzungen, um das notwendige Wissen und Expertise für die Umsetzung von Green Budgeting aufzubauen.

Als zentrale Herausforderungen wurden vor allem die fehlende langfristig abgesicherte rechtliche Grundlage und allgemeine Widerstände gegenüber Veränderungsprozessen



identifiziert. Während Gender Budgeting in Österreich verfassungsrechtlich verankert ist, stützt sich Green Budgeting bislang lediglich auf die Aufbau- und Resilienzfähigkeit. Des Weiteren kann Green Budgeting nur dann sein volles Potenzial entfalten, wenn es auf allen staatlichen Ebenen umgesetzt wird, da viele der öffentlichen Klima- und Umweltausgaben auf subnationaler Ebene erfolgen. Jedoch treten hier zusätzliche Herausforderungen auf, insbesondere begrenzte personelle und finanzielle Ressourcen sowie die Sorge, bestehende Budgetierungssysteme durch zusätzliche Anforderungen zu überlasten, aber auch Zweifel am tatsächlichen Nutzen von Green Budgeting im bestehenden Haushaltssystem. Zudem wird deutlich, dass eine aktive Rolle der Bundesebene für die Unterstützung und Koordination von Ländern und Gemeinden entscheidend ist, um eine vertikale Umsetzung von Green Budgeting zu ermöglichen [13].

Praktische Implikationen

Die Analyse zentraler Erfolgsfaktoren für Gender Budgeting und Green Budgeting liefert konkrete Ansatzpunkte für Entscheidungsträger:innen in Politik und Verwaltung. Zentrale Voraussetzung ist ein starkes politisches Commitment, da Reformen nur dann nachhaltig umgesetzt werden, wenn sie von Regierung und Parlament aktiv getragen werden. Dies sollte nicht nur die Entscheidung über die Einführung einer strategischen Budgetinitiative umfassen, sondern Regierung und Parlament sollten, den Mehrwert der Informationen aus diesen Systemen erkennen und für Ihre Entscheidungsfindungen nutzen, damit diese Initiativen ihr volles Potential entwickeln. Dazu kann ein entsprechendes an die Zielgruppe angepasstes Berichtswesen beitragen, vor allem um Informationsüberfrachtung zu vermeiden. Eng damit verbunden ist eine verbindliche rechtliche Verankerung, die langfristige Orientierung schafft und die Umsetzung absichert, um zu vermeiden, dass nach Regierungswechsel sich die Budgetinitiativen ändern.

Da strategische Budgetinitiativen oftmals zu Änderungen der Abläufe im Haushaltssystem führen, sind ausreichende personelle und finanzielle Ressourcen für den *Change Management* Prozess notwendig. Dies erfordert auch angemessene Schulungen und Maßnahmen zum Kompetenzaufbau, um das notwendige technische Wissen und die fachliche Expertise sicherzustellen. Eine erfolgreiche Umsetzung erfordert zudem klare institutionelle Strukturen, eindeutige Zuständigkeiten und wirksame Koordinationsmechanismen sowie engagierte Schlüsselakteure, die die Umsetzung vorantreiben. Insbesondere bei Querschnittsthemen wie Gleichstellung der Geschlechter oder Umwelt und Nachhaltigkeit ist eine enge Zusammenarbeit zwischen unterschiedlichen Verwaltungseinheiten zentral. So stellt sich die Frage, wo die strategische Budgetinitiative organisatorisch verankert ist, also in welcher Abteilung die zentral zuständigen Personen sind. Oftmals ist das direkt in der Finanzabteilung bzw. Finanzministerium der Fall oder in der fachlich in Frage kommenden Abteilung wie z.B. bei Gender Budgeting bei speziellen Gleichstellungsabteilungen/-referaten. Ergänzend dazu ist es sinnvoll in den einzelnen Fachabteilungen eigens für diese strategische Budgetinitiative dezentral verantwortliche Ansprechpersonen zu ernennen, welche Informationen sowohl in die Fachabteilungen tragen als auch zurück zur zentralen Stelle, um die Koordination über die gesamte Verwaltung zu gewährleisten.

Wichtig ist auch die Integration in bestehende Haushalts- und Steuerungssysteme, dabei gilt es, die Entstehung von Parallelstrukturen zu vermeiden und zugleich darauf zu achten, dass bestehende Budgetierungssysteme nicht überlastet werden. Schließlich sind verlässliche, im Fall von Gender Budgeting, nach Geschlecht aufgeschlüsselte Daten sowie laufendes



Monitoring und Wirkungsanalysen notwendig, um Fortschritte sichtbar zu machen und Maßnahmen gezielt weiterzuentwickeln. Dies kann durch eine enge Abstimmung mit der, sofern vorhandenen, Statistikabteilung sowie deren frühzeitige Einbindung in den Prozess sichergestellt werden.

Gerade im Bereich des Green Budgeting zeigt sich, dass eine aktive Rolle der Bundesebene entscheidend ist, um die Umsetzung auf Länder- und Gemeindeebene zu unterstützen und zu koordinieren sowie bestehende Widerstände, etwa durch umfassende Kommunikationsmaßnahmen, eine frühzeitige Einbindung aller Akteure, Kapazitätsaufbau und den Einsatz von *Change Agents*, abzubauen.

Fazit

Strategische Budgetinitiativen gewinnen in Österreich zunehmend an Bedeutung, unterscheiden sich jedoch deutlich in ihrer institutionellen Verankerung und Umsetzung. Während Gender Budgeting verfassungsrechtlich abgesichert und in die wirkungsorientierte Haushaltsführung integriert ist, befindet sich Green Budgeting noch in einer frühen Entwicklungsphase.

Der Artikel zeigt, dass die Umsetzung solcher Initiativen maßgeblich von der Unterstützung seitens der Politik wie auch Akteuren innerhalb und außerhalb der Verwaltung, rechtlicher Verbindlichkeit, institutioneller Verankerung und ausreichenden Ressourcen abhängt. Gleichzeitig wird deutlich, dass ein gesamtstaatlicher Ansatz – insbesondere beim Green Budgeting – sowohl horizontal als auch vertikal mit erheblichen Herausforderungen verbunden ist. Auf subnationaler Ebene erschweren begrenzte Ressourcen, institutionelle Hürden und Skepsis gegenüber dem tatsächlichen Nutzen die Umsetzung.

Auch bei erfolgreicher Umsetzung von strategischen Budgetinitiativen sind zwei zentrale Herausforderungen zu beachten: Erstens führt die Einführung strategischer Budgetinitiativen nicht automatisch zu einem tatsächlichen Einfluss auf budgetpolitische Entscheidungen. Zweitens kann das Nebeneinander mehrerer Initiativen dazu führen, dass strategische Prioritäten verwässert werden.

Vor diesem Hintergrund wird entscheidend sein, ob es gelingt, den konkreten Mehrwert dieser Instrumente sichtbar zu machen und sie dauerhaft in Entscheidungsprozesse zu integrieren. Nur dann können sie über symbolische Politik hinaus zu wirksamen Steuerungsinstrumenten werden.

Über die Autorinnen

Birgit Moser-Plautz ist assoziierte Professorin am Institut für Accounting, Financial Management, and Governance im Fachbereich Öffentliche Betriebswirtschaftslehre an der Universität Klagenfurt. Sie promovierte zum Thema Budgetreformen und habilitierte sich im Fach Betriebswirtschaftslehre. Sie leitete das vom Jubiläumsfonds der Österreichischen Nationalbank (OeNB) geförderte Forschungsprojekt „Ausgestaltung, Umsetzung und Effekte des Gender Budgeting im österreichischen Haushaltswesen“. In ihren Forschungsarbeiten befasst sie sich u.a. mit Reformen, Change Management sowie mit der digitalen Transformation im öffentlichen und im dritten Sektor. E-Mail: birgit.moser@aau.at ORCID: <https://orcid.org/0000-0003-4600-1562>



Tanja Lesnik ist Universitätsassistentin am Institut für Accounting, Financial Management, and Governance im Fachbereich Öffentliche Betriebswirtschaftslehre an der Universität Klagenfurt. Sie promovierte zum Thema der freiwilligen Fluktuation von Intensivpflegekräften in öffentlichen Krankenanstalten. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in der Fluktuations- und Retentionsforschung im Gesundheitswesen sowie in weiteren Fragestellungen der Bereiche Organizational Behavior, und Healthcare-, Nonprofit- und Public Management. Von 2022 bis 2024 war sie als Projektmitarbeiterin im OeNB-Projekt unter der Leitung von Birgit Moser-Plautz tätig. E-Mail: tanja.lesnik@aau.at ORCID: <https://orcid.org/0009-0001-9981-3129>

Quellenangaben

- [1] S. Korac, B. Moser, I. Saliterer, „Gender Budgeting- ein Weg zur Geschlechtergerechtigkeit bei der Verteilung öffentliche Mittel?“, in D.A. Behrens, M. Kreimer, M. Mucke und N.E. Franz (Hrsg.), *Familie-Beruf-Karriere*, Wiesbaden: Springer Gabler, 2018, S. 259–289.
- [2] Council of Europe, *Gender budgeting: practical implementation: Handbook*. Council of Europe, Directorate General of Human Rights and Legal Affairs. 2009. <https://gender-financing.unwomen.org/en/resources/g/e/n/gender-budgeting-practical-implementation-handbook>
- [3] R. Downes, L. von Trapp, S. Nicol, “Gender Budgeting in OECD countries”, *OECD Journal on Budgeting*, Nr. 3, S. 1–39, 2016.
- [4] R. Sharp und R. Broomhill, *A case study of gender responsive budgeting in Australia*. Canberra/London: The Commonwealth Secretariat, 2013.
- [5] J. G. Stotsky, „Gender budgeting: Fiscal context and current outcomes“, IMF Working Paper WP/16/149, International Monetary Fund, 2016.
- [6] UN, „Sustainable Development Goals“, o.J. URL: <https://sdgs.un.org/goals> (zuletzt abgerufen: 29.01.2026).
- [7] B. Moser-Plautz, „Strategische Budgetinitiativen in Österreich“, in B. Moser-Plautz, A. Hauser-Oppelmayer und T. Lesnik (Hrsg.), *Öffentliche Betriebswirtschaftslehre – Herausforderungen und Zukunftsperspektiven*, Nomos Verlag, 2026.
- [8] EC European Commission, IMF International Monetary Fund und OECD Organisation for Economic Co-operation and Development, „Green budgeting: towards common principles“, 2021.
- [9] OECD, *Green budgeting in OECD countries 2024*. OECD Public Governance Directorate, Committee of Senior Budget Officials, 2024.
- [10] S. Pojar, „How green budgeting is embedded in national budget processes“, European Commission Discussion Paper 196, European Commission Directorate-General for Economic and Financial Affairs, November 2023.
- [11] BMF, „Green Budgeting Methode des Bundes“, 2023. URL: https://www.bmf.gv.at/themen/klimapolitik/green_Budgeting/green_budgeting-/Green-Budgeting-Methode-des-Bundes.html.
- [12] BMF, „Spending Review im Rahmen des Aufbau- und Resilienzplans. Bundesländeranalyse der Klima- und Budgetpolitik für eine nachhaltige Transformation. Modul 2—Identifikation von Synergiepotentialen mit der klima- und energiepolitischen Förderlandschaft der Länder“, 2023. URL: https://www.bmf.gv.at/themen/klimapolitik/green_Budgeting/green_spending_reviews_d



es_bmf/modul-

2_identifikation_von_synergiepotentialen_mit_der_foerderlandschaft_der_bundeslaender.html

- [13] B. Moser-Plautz, S. Korac, “New development: Green budgeting–integrating environmental goal into the resource allocation process”, *Public Money & Management*, Bd. 45, Nr. 7, S. 770–775, 2025, doi: <https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/09540962.2025.2467744#abstract>.
- [14] B. Moser-Plautz, S. Korac, “Debate: Austria and Germany–diametrically-opposed approaches to gender budgeting”, *Public Money & Management*, Bd. 43, Nr. 6, S. 530–531, 2023, doi: 10.1080/09540962.2023.2172819.